



Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Westdeutsche bevorzugt: Kaum Ostdeutsche in Spitzenpositionen**

Bericht: Jan Schmitt, Andreas Maus, Manuel Mehlhorn

Datum: 12.10.2017

Georg Restle: „Seit 27 Jahren ist diese Grenze mitten durch Deutschland Geschichte. Und doch scheint sie seit der Bundestagswahl wieder sehr lebendig. Wie anders lässt sich die Ratlosigkeit vieler Menschen im Westen über die Wahlergebnisse im Osten erklären? Dabei steht eine Frage immer wieder im Vordergrund: Woher eigentlich kommt die Wut vieler Ostdeutscher auf die Eliten im Land - und wie kann es sein, dass 27 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch so viele Menschen in Ostdeutschland mit dem gesamtdeutschen Establishment fremdeln? Eine Antwort darauf könnte sein, dass die meisten Ostdeutschen schlicht keine Chance haben, Teil dieses Establishments zu werden. Andreas Maus, Jan Schmitt und Manuel Mehlhorn mit Zahlen, die nachdenklich machen.“

Jes Möller auf dem Weg zum Gericht. Der 56-Jährige arbeitet in Potsdam als Jurist. Und er hat etwas geschafft, was Leute von dort, wo er herkommt, eigentlich nicht schaffen. Möller kommt aus Ostdeutschland - und er ist Präsident eines deutschen Landesverfassungsgerichts. Der einzige von 16 Präsidenten eines Verfassungsgerichts mit einer ostdeutschen Biografie.

Jes Möller, Präsident Landesverfassungsgericht Brandenburg: „Die Zahlen sind wirklich erschreckend. Man kann das wahrscheinlich nur mit dem Frauenanteil in Führungspositionen in den 50er Jahren in der Bundesrepublik vergleichen, wo es damals als eine völlig normale Angelegenheit angesehen worden ist - und wo man heute sagt, wie konnte man das so jahrelang hinnehmen - dass tatsächlich eine extreme Unterrepräsentation von Frauen in gesellschaftlichen Führungspositionen da war. Und so ähnlich ist das heute mit den Ostdeutschen.“

Rund 20 Prozent der deutschen Bevölkerung stammt aus Ostdeutschland. Aber kaum einer von ihnen gehört zur sogenannten „Elite“ im Land. Beispiel Wirtschaft. In den Vorständen der dreißig Dax-Unternehmen kommen Manager aus dem Osten so gut wie gar nicht vor. Von den 201 Vorstandsmitgliedern stammen nur vier aus Ostdeutschland. In der Wissenschaft das gleiche Bild. Von 89 Rektoren und Präsidenten an deutschen staatlichen Universitäten kommt kein einziger aus Ostdeutschland. Vor wenigen Tagen, am 3. Oktober in Mainz. Festakt zum Tag der Deutschen Einheit. Eine spektakuläre Show zum 27. Jahrestag. Doch nach der Bundestagswahl macht sich auch Ernüchterung breit.

Frank-Walter Steinmeier: „Am 24. September wurde deutlich, es sind andere Mauern entstanden, weniger sichtbare, ohne Stacheldraht und Todesstreifen - aber eben doch Mauern, die unserem gemeinsamen „Wir“ im Wege stehen.“

In den vordersten Reihen lauscht die Elite der deutschen Politik. Und auch da stammen die meisten aus dem Westen. Mauern niederreißen? Chancengleichheit? Nehmen wir die Staatssekretäre der Bundesregierung: Von 64 kommen nur drei aus Ostdeutschland. Bei den Abteilungsleitern in Bundesministerien das gleiche Bild: Von 109 haben gerade mal vier eine ostdeutsche Biografie. Frank Richter ist ostdeutscher Bürgerrechtler der ersten Stunde und war Chef der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Seit Jahren beobachtet er die Entwicklung der Elitestrukturen in Deutschland.

Frank Richter, ehem. Direktor Sächsische Landeszentrale für pol. Bildung: „Viele Westdeutsche haben in Ostdeutschland Karriere gemacht und Ostdeutsche gleichermaßen in Westdeutschland nicht. Das kann nicht nur an der mangelnden Qualität der Ostdeutschen liegen. Das liegt auch an strukturellen Umständen. Den Westdeutschen ist es offenbar gut gelungen, Netzwerke zu bilden, die es ihnen leichter macht, hier in Ostdeutschland in die obersten Etagen der wichtigen gesellschaftlichen und politischen und ökonomischen Bereiche zu kommen.“

Und in Ostdeutschland selbst? Nicht mal dort haben Ostdeutsche die gleichen Aufstiegschancen wie Menschen aus Westdeutschland. 75 Prozent der Abteilungsleiter in ostdeutschen Ministerien stammen aus dem Westen, nur aus Brandenburg liegen uns keine Daten vor. 77 Prozent der Führungskräfte in den neuen Bundesländern kommen aus Westdeutschland oder dem Ausland. Und sogar 94 Prozent der Vorsitzenden Richter an den obersten Gerichten sind Westdeutsche.

Wolfgang Thierse (SPD), Bundestagspräsident a.D.: „Ein Vierteljahrhundert nach der Deutschen Vereinigung ist das ein erschreckendes, wenn nicht auch trauriges Faktum. Auch wenn man über die Gründe nachdenkt, die das erklären, bleibt trotzdem der verständliche Ärger

und die Feststellung, dass das eine wirkliche Benachteiligung von Menschen mit ostdeutscher Herkunft ist.“

Gute Gründe gab es tatsächlich: 1990 nach der Wende. Damals wurden in Ostdeutschland praktisch die gesamten Eliten ausgetauscht und durch Westdeutsche ersetzt. Aber wie kann es sein, dass diese Netzwerke sich bis heute, 27 Jahre nach der Wiedervereinigung, gehalten haben?“

Wolfgang Thierse (SPD), Bundestagspräsident a.D.: „Diejenigen die zu uns kamen, bringen ihre Personenkenntnis und ihre Netzwerke mit. Und das heißt natürlich auch bei weiteren Berufungen, Bewerbungen werden eher die bevorzugt, die man schon kennt. Und die kennt man aus seiner beruflichen Biografie aus dem Westen.“

Was das für die Menschen bedeutet, erlebt er jeden Tag: Tobias Wolf ist Reporter bei der Sächsischen Zeitung in Dresden und täglich in der Stadt und im Land unterwegs. Er weiß, was die Menschen hier denken und wie sie fühlen.

Tobias Wolf, Journalist, Sächsische Zeitung: „Man spürt bei vielen hier, dass es immer noch eine Verärgerung über eine gefühlte oder tatsächliche Benachteiligung gibt, weil viele Chefs in den Verwaltungen etc. aus dem Westen kommen. Das war deutlich zu spüren in den Geschichten, die wir nach der Wahl gemacht haben, wo wir Menschen gefragt haben, was die Gründe für Protestwahlen sind. Da haben aber auch teilweise CDU-Wähler gesagt, dass sie es als unmöglich empfinden, dass 27 Jahre nach der Wende immer noch so viele Führungspositionen von Westdeutschen besetzt werden.“

Die Chefs aus dem Westen. Und keine fairen Aufstiegschancen. Viele Menschen hier meinen genau das, wenn sie von Fremdbestimmung reden.

Frau auf der Straße: „Dieser ganze Rechtsruck, den wir hier in Sachsen haben, ist damit auch bedingt, weil diese Führungsposition aus Westdeutschland nicht um diese Probleme im Osten Bescheid wissen.“

Mann auf der Straße: „Das ist aber klar, dass ein gewisser Frust entsteht, siehe Pegida, siehe AfD-Wähler. Das ist Frust, hausgemachter Frust.“

Die Wut auf die Eliten und das westlich geprägte Establishment - ein Grund, warum so viele hier die AfD gewählt haben. Eine Partei, die diese Wut ganz bewusst schürt, obwohl die meisten Spitzenpolitiker der AfD ebenfalls aus dem Westen kommen.

Prof. Raj Kollmorgen, Soziologe, Hochschule Zittau/Görlitz: „Auf dieser Klaviatur spielt jetzt die AfD höchst erfolgreich. Nicht nur im Osten, aber eben insbesondere im Osten. Also insofern ist es schon eine Melange verschiedener Faktoren. Aber noch einmal, ich würde auch sagen, dass die fehlende Vertretung von Ostdeutschen in wichtigen Elitesektoren mit Sicherheit ein Grund dafür ist, dass wir diese distanzierte Beziehung, dieses aufgebrochene Misstrauen in Ostdeutschland vorfinden, was dann auch zu den Wahlergebnissen der AfD geführt hat.“

Ein Problem mit Zukunft. Denn die Dominanz westdeutscher Eliten im Osten nimmt in vielen Bereichen immer weiter zu.

Georg Restle: „Klar, vor einfachen Erklärungen sollte man sich hüten. Aber vielleicht lohnt es ja doch, sich intensiver mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit die höhere Durchlässigkeit einer Gesellschaft das beste Mittel ist gegen einen Populismus, der diesen Staat verachtet. Und das gilt ganz sicher nicht nur für Ostdeutschland.“